

## Übersicht der Antworten\*

Frage	Die LINKE	SPD
1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren?		
2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?		
3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?		
4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Nordsachsen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?		
5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?		
6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen im Landkreis Nordsachsen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?		
7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?		
8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?		

\*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

## Die LINKE Nordsachsen

*1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq\* Personen erfahren?*

In der aktuellen gesellschaftlichen Situation ist es mehr denn je geboten, die Ursachen für Vorurteile und Hass zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte dafür ist es, bei jungen Menschen Verständnis für gegenseitige Toleranz und die Akzeptanz von Vielfalt aufzubauen. Je weniger Vorurteile sich überhaupt erst verfestigen können, desto weniger Hass und Gewalt muss später mühsam eingedämmt und bekämpft werden und umso sicherer können alle Menschen ihren individuellen Lebensweg selbstbewusst und selbstbestimmt gestalten.

Eines der wirksamsten Elemente für diese Aufklärungs- und Präventionsarbeit sind Bildungsangebote für junge Menschen, insbesondere in Schulen. Die Linke setzt sich seit Jahren für die Schaffung einer Richtlinie für eine Regelförderung queerer Bildungs- und Aufklärungsprojekte ein. Weder Träger noch ehrenamtliche oder hauptamtliche Mitarbeiter\*innen sollten von Jahr zu Jahr um ihre Existenz bangen müssen. Wo Lücken bestehen, weil zum Beispiel die Kenia-Koalition im Land ihre Aufgaben nicht erfüllt, wollen wir diese so gut wie möglich schließen. Aktuell setzen wir uns dafür ein, die Angebote des Bildungsprojekt des RosaLinde Leipzig e.V. bei uns im Landkreis zu retten.

*2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?*

Wir unterstützen auch dieses Jahr wieder die CSD's in Nordsachsen - sowohl inhaltlich und organisatorisch als auch mit tatkräftigem Einsatz und finanziellem Support - und begrüßen die Regenbogenbeflaggung unbedingt als symbolischen Ausdruck der Bemühungen um Sichtbarkeit und Sicherheit für queere Menschen und sind dort mit vielen Bürgermeister:innen im Gespräch.

*3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq\* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten das für ihre wichtige Arbeit notwendige Stundenbudget erhalten. Darin muss auch ausreichend Zeit für die Vertretung der vielfältigen Belange von Lsbtiq\* Menschen berücksichtigt werden.

*4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Nordsachsen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?*

Das „Konzept zum Schutz vor Gewalt in den Aufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen“ sollte unter Einbindung externer Expertise wie beispielsweise dem Projektverbund „Fachberatung für queere Geflüchtete in Sachsen“ überarbeitet und die Umsetzung in den Aufnahmeeinrichtungen regelmäßig geprüft werden.

Abschiebungen queerer Menschen in unsichere Heimatländer, in denen sie von Verfolgung oder Not betroffen sind, müssen unbedingt gestoppt werden. Bei der Einführung einer Bezahlkarte für

Geflüchtete war es uns auch hier wichtig, dass die Wahrung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen sichergestellt und diese Karte absolut diskriminierungsfrei umgesetzt wird.

*5. Was planen Sie, um Isbtiq\* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Wir wollen Queerfeindlichkeit entschlossen bekämpfen und rechtspopulistischer Hetze keinen Raum bieten.

Wir wollen in Sachsen eine von der Polizei unabhängige Melde- und Beratungsstelle zu queerfeindlicher Gewalt nach dem Vorbild des Berliner Modellprojektes „Maneo“ schaffen. Damit streben wir eine bessere Unterstützung der Opfer von LGBTIQ\*-feindlichen Hassverbrechen an, z.B. durch solidarische Begleitung bei Prozessen.

Wir wollen analog zu den bereits bestehenden Schutzeinrichtungen im Geltungsbereich der Istanbul-Konvention Zufluchtsmöglichkeiten für queere Menschen schaffen, die im Rahmen von Beziehungstaten Gewalt erfahren oder aus einem queerfeindlichen Umfeld fliehen müssen. Denn hinsichtlich geschlechtsspezifischer Diskriminierung besteht ein besonderer Bedarf für Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen und -räume auch generell für alle trans, inter und nicht-binären (TIN\*-) Personen jeden Alters, insbesondere für diejenigen, die mit intersektionaler Gewalt konfrontiert sind.

*6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq\* Personen im Landkreis Nordsachsen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir wollen das Pilotprojekt „Schule der Vielfalt“ auch an Schulen in Nordsachsen etablieren sowie Richtlinien zur Inklusion von trans, inter und nicht-binären Schüler\*innen erarbeiten. Außerdem wollen wir uns auf Augenhöhe mit der queeren Community für soziale Angebote und solidarische Netzwerke einsetzen. Zum anderen unterstützen wir die so wichtige Arbeit von Projekten, Vereinen und Verbänden, z.B. die von „Partnerschaft für Demokratie in Nordsachsen“ in ihrer Arbeit, um Demokratie zu fördern und Vielfalt zu gestalten. Es ist uns eine Herzensangelegenheit, in unseren Büros die Möglichkeit zur Begegnung, Projektarbeit und Beratung zu geben.

*7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?*

Bereits 2013 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass Geschlecht nicht auf "Mann" und "Frau" beschränkt ist. Mit dem Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes zum 1. November 2024 ist es nunmehr höchste Zeit, die entsprechenden Änderungen in Gesetzen, Rechtsnormen und Verwaltungsakten zu identifizieren und umzusetzen.

Zusätzlich könnten Handreichungen eine rechtssichere Anwendung der neuen Gesetzeslage für alle Beteiligten erleichtern. Und natürlich müssen neben Formularen auch Gebäude diskriminierungssensibel und barrierearm ausgestaltet werden. Unisex-Toiletten können ein Baustein dafür sein, neben Verwaltungsgebäuden sehen wir auch an Schulen einen besonderen Bedarf dafür und unterstützen entsprechende Forderungen aus den Schüler\*innen-Vertretungen.

*8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?*

Wir setzen uns dafür ein, dass auch auf sprachlicher Ebene die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt wird. Wir stellen uns gegen den Erlass des Kulturministeriums zum Verbot geschlechterinklusive Sprache mit Sternchen, Unterstrich oder Doppelpunkt in sächsischen Schulen.

Das Kultusministerium befördert damit die Unsichtbarkeit von trans, nicht-binären und queeren Menschen – mit weitreichenden Folgen.

Geschlechtliche Vielfalt ist Realität, auch in Sachsen. Längst kennt nicht nur das deutsche Personenstandsrecht mehr Geschlechtsoptionen als „männlich“ und „weiblich“. Die geschlechterinklusive Sprache mit Sternchen, Unterstrich oder Doppelpunkt und geschlechtsneutralen Bezeichnungen bezieht alle Geschlechter ein. Darauf weist auch der Duden hin. Wer geschlechterinklusive schreibt und spricht, erkennt die Lebensrealitäten von trans, nicht-binären und queeren Menschen an und sorgt dafür, dass über diese Lebensrealitäten überhaupt gesprochen werden kann. Sichtbarkeit bedeutet, die Menschenrechte ernst zu nehmen und Diskriminierungen abzubauen.

Das Verbot des sächsischen Kultusministeriums ignoriert institutionell, dass sich Gesellschaft und ihre Sprache verändern. So wird Inklusion verhindert, weit über den Bereich der geschriebenen Sprache in Schulen hinaus.

Sprache ist mächtig und schafft Sichtbarkeit. Wo grundsätzlich geschlechterbezogen formuliert wird, müssen alle Geschlechter einbezogen sein. Dieses Verbot behindert die gleichberechtigte Teilhabe von trans, nicht-binären und queeren Menschen. Es bestärkt diejenigen, die das Lebensrecht und konkrete Bedarfe dieser Menschen weiterhin ignorieren und befördert den Hass, der das demokratische Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht.

## SPD Nordsachsen

*1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq\* Personen erfahren?*

Intervenieren. In alltäglichen Gesprächen. Abends am Küchentisch, auf Familienfeiern oder im Job. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts- oder der sexuellen Orientierung lehnen wir ebenso entschieden ab wie die Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Alters, der Religion oder der Familienform.

Akzeptanz queerer Menschen ist nicht selbstverständlich. Vor allem in ländlichen Bereichen häufen sich Vorfälle verletzender Sprache auf der Straße. Auch Mobbing in der Schule gehört für Viele zum alltäglichen Leben. Erst wenn die Probleme benannt und Vorurteile abgebaut werden, kann eine breite Akzeptanz entstehen, die Diskriminierung erkennt und ihr entgegentritt.

Auf kommunaler Ebene arbeiten wir daher eng mit Vereinen und Trägern zusammen, die offene und sichere Räume für soziale Begegnungen bereitstellen. Zu nennen sind hier beispielsweise das soziokulturelle Zentrum in Oschatz oder die Arche in Eilenburg.

Auch für die Förderung von Initiativen für queere Bildungsarbeit setzen wir uns ein. Die Kürzung der Förderung der RosaLinde Leipzig e.V. für diese wichtige Bildungsarbeit, die den Landkreis Nordsachsen treffen und hier zur Einstellung von Bildungsprogrammen führt, muss dabei als Problem mit benannt werden. Vernetzungsarbeit von Vereinen ist deshalb noch wichtiger geworden, um Bildungsangebote über Vereine oder soziale Einrichtungen öffentlicher Träger weiter zu gewährleisten.

Auf kommunaler Ebene bleibt es oft das Ehrenamt, dass aktiv wird gegen Diskriminierung. Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, setzt sich seit Jahren

aktiv für die Stärkung des Ehrenamtes ein. Doch das Ehrenamt gelangt an seine Grenzen. Daher bleibt es auch auf Landesebene die Aufgabe, Diskriminierung aktiv entgegenzutreten. Der Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen war ein wichtiger Grundstein dafür. Im Zuge dessen sehen wir bspw. das Modellprojekt zum anonymisierten Bewerbungsverfahren und dessen anschließende Weiterentwicklung und Umsetzung in der gesamten Staatsregierung als sehr wichtig an. Führungskräfte werden qualifiziert über Weiterbildungen im Bereich „Diversity-Management“.

Unser Ziel ist nicht nur, diese Strategien und Aktionspläne weiterzuentwickeln, sondern auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Das soll vor allem die Lücken schließen, die das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) der Bundesebene gelassen hat. Natürlich sind in die Erarbeitung auch die Evaluationen des AGG einzubeziehen.

*2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Nordsachsen verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?*

Mit Präsenz in Stadt- und Gemeinderäten sowie dem Kreistag. Als Bündnispartei ist es uns ein Anliegen, unsere Bündnispartner\*innen in den Parlamenten bestmöglich mitzuvertreten. Deshalb ist der Austausch mit den in den Parlamenten vertretenen Personen wichtig, besser sogar die aktive Mitarbeit in den Parlamenten. Wir können eine Stimme sein für queere Menschen, doch noch wichtiger ist es uns die Menschen zu ermutigen, selbst ihre Stimme für ein demokratisches, von Akzeptanz geprägtes Miteinander zu erheben. Dafür sind unsere Listen offen. Dass dies aufgrund von Anfeindungen und unterschiedlicher Positionen viel Mut bedarf, ist uns ebenso bewusst, doch ein Rückzug kommt nicht infrage.

Außerhalb der Parlamente unterstützen wir die Organisation von CSDs gern, wie zum Beispiel beim CSD in Taucha. In immer mehr Städten in Nordsachsen und Umgebung findet der CSD statt und für uns ist es selbstverständlich, dies zu unterstützen und zusammen für LSBTIQ\*-Rechte auf der Straße zu demonstrieren. Das Hissen der Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden gehört dabei dazu.

Im nächsten Sächsischen Landtag werden wir uns als SPD außerdem weiterhin um eine Verfassungsreform bemühen, die auch zu mehr Sichtbarkeit für queere Lebensentwürfe führen soll. Diskriminierungsverbote sind dabei ein wichtiges Achtungszeichen in unserer Gesellschaft und sollen Menschen davor schützen, aufgrund ihrer Persönlichkeitsmerkmale ungleich behandelt zu werden. Dazu gehören Geschlechtsidentität, Religion und nationale Herkunft genauso wie Alter und soziale Stellung, sexuelle Orientierung, Weltanschauung und Behinderung. Wir wollen dies im Gleichheitsgrundsatz abbilden.

*3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für lsbtqi\* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Gleichstellung meint Menschen, keine Geschlechter. Das ist unsere Auffassung von kommunaler Gleichstellungsarbeit. Die Öffnung der kommunalen Gleichstellungsstellen für LSBTIQ\* Belange und Themen ist selbstverständlich um die gleichen Rechte aller Bürger\*innen auch tatsächlich garantieren zu können. Die Integration jeglicher Vielfalt in das Bewusstsein der Verwaltungen durch stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit fördert schließlich auch die Akzeptanz in der Bevölkerung.

*4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Nordsachsen zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?*

Im Landesaktionsplan ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf LSBTIQ\*-Personen angepasst und sollte auch weiterhin weiterentwickelt werden.

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen LSBTTIQ-Geflüchteten wollen wir weiter unterstützen. Die merkmalsübergreifende Beratung wollen wir weiter unterstützen. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und zu unterstützen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln. Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Für die vielfältigen Aufgaben der Integration wollen wir die Kommunen verlässlich ausstatten und die Pauschalen anpassen. Zukünftig sollen unter dem Dach kommunaler Integrationszentren die Integrationsangebote in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf dem gleichen Niveau gemacht werden.

Wir wollen, dass Sachsen genügend Erstaufnahmekapazitäten für geflüchtete Menschen vorhält. Bei der Verteilung muss das Land endlich eine Koordinierungsrolle annehmen. Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen, haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

*5. Was planen Sie, um lsbtqi\* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Sie haben unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit.

Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ\* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarken. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegentreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für LSBTIQ\* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden; Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten.

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern auch für betroffene Menschen eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

*6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq\* Personen im Landkreis Meißen schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie RosaLinde, Gerede und Different People schätzen wir sehr.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir daher die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendliche eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben, z.B. bei queerfeindlichen Angriffen. Dafür werden wir die Kita- und Schulsozialarbeit weiter ausbauen. Zudem stärken wir die außerschulische Soziale Arbeit und sorgen für eine verlässliche Finanzierung.

Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume. Die Teilhabe von Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen, muss an allen Orten endlich selbstverständlich werden. Deshalb setzen wir uns für eine Demokratisierung der Schule, für eine Absenkung des Wahlalters und für die praktische Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

*7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?*

In Zusammenarbeit mit Bürger\*innen und Fraktionen unterstützen wir entsprechende Initiativen gern.

*8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?*

Geschlechtergerechte Sprache ist geschriebene Sichtbarkeit für die LSBTIQ\*-Community. Jede\*r Bürger\*in sollte frei entscheiden, ob er\* oder sie\* geschlechtergerechte verwendet und wir treten dafür ein, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Wir treten entschieden gegen eine Verbotskultur bei der Sprache ein. Intern leben wir als SPD dies schon lange. Doch auch in der Verwaltung konnte bereits ein breiteres Bewusstsein dafür geschaffen werden. Im Freistaat Sachsen ist die

Staatsregierung bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen per Verwaltungsvorschrift verpflichtet, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Die Verwaltungspraxis auf kommunaler Ebene ist verpflichtet, Bürger:innen in der Kommunikation entsprechend ihrem nach dem Personenstandsrecht eingetragenen Geschlecht zu adressieren. Seit dem Beschluss des Selbstbestimmungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag - auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion - wird es künftig einfacher sein, für lsbtqi\* Personen ihre geschlechtliche Identität bei den kommunalen Meldebehörden zu ändern und damit auch eine ihnen entsprechende Ansprache zu erfahren.